

## HAZ Anzeigen

### Sonnabend im Stellenmarkt:

- Florist/in
- Gas-Wasser-Heizungsinstallateur (m/w)
- Medizinische/r Fachangestellte/r
- Modeberater/in
- Pflegekraft (m/w)
- Physiotherapeut/in
- Reinigungskraft (m/w)
- Restaurantsfachfrau/-mann
- Steuerfachangestellte/r
- Techniker/in Tiefbau

## Kommunen zahlen mehr an Landkreis

### Umlage steigt nach langer Debatte im Kreistag

VON TAREK ABU AJAMIEH

**KREIS HILDESHEIM.** Die Städte und Gemeinden im Landkreis müssen eine höhere Kreisumlage bezahlen. Der Kreistag hat gestern nach langer, teilweise leidenschaftlicher Debatte eine Anhebung von 55 auf 55,8 Prozent beschlossen. Die Opposition scheiterte mit mehreren eigenen Anträgen zum Haushalt, die rot-grüne Mehrheitsgruppe setzte hingegen zusätzliche Investitionen in Höhe von einer Million Euro durch. Insgesamt kalkuliert der Kreis damit für dieses Jahr jetzt mit einem Defizit von 1,8 Millionen Euro.

Bei der Umlage betonten Redner von SPD und Grünen mehrfach, es habe ja eine Einigung zwischen Landkreis und Bürgermeistern gegeben. „Die haben mit großer Mehrheit zugestimmt, das ist ein unwiderlegbarer Grund, das jetzt auch so zu beschließen“, sagte etwa Holger Schütte (Grüne). Sein Parteifreund Holger Schröter-Mallohn stellte gar fest: „Die Bürgermeister haben die 55,8 Prozent intern kommuniziert, wir müssen den Vertretern der Gemeinden jetzt auch folgen.“ SPD-Mann Bernhard Brinkmann sprach von einem „fairen und vertretbaren Kompromiss“.

Da staunten die Bürgermeister Wolfgang Moergerle (Algermissen) und Hubertus Schneider (Sibbesse) im Publikum dann doch: „Also dass die Erhöhung jetzt unser Wunsch sein soll ...“, murkte CDU-Mann Moergerle und kündigte an: „Dann wünsche ich mir nächstes Jahr eine Senkung auf 49 Prozent. Mal gucken, was dann passiert.“

Fusion: Neues im März

Seine Parteifreunde im Kreistag fanden das ganze weniger lustig: Der Landkreis habe die Bürgermeister politisch erpresst, witterte Friedhelm Prior: „Dass die jetzt für die höhere Kreisumlage verantwortlich sein sollen, schlägt dem Fass den Boden aus!“ Das rief wiederum SPD-Fraktionschef Klaus Bruer auf den Plan. Er nannte Priors Äußerungen „ungeheuerlich“, da spreche wohl „der Frust aus 40 Jahren Opposition“.

Auch abseits der Kreisumlage-Frage blieben die Grenzen zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb klar umrissen. CDU-Fraktionschef Christian Berndt monierte, trotz immer weiter steigender Einnahmen komme der Landkreis nicht mit seinem Geld aus. Wie sein Parteifreund Bernhard Evers, Uwe Steinhäuser (Unabhängige), FDP-Mann Bernd Fell und Josef Stuke (Bündnis) beklagte er, die Verwaltung habe keine Sparvorschläge gemacht.

Zumindest mittelfristig will die SPD das auch nicht hinnehmen, sagte ihr Fraktionschef Klaus Bruer mit Blick auf die Prognose, dass die Defizite jährlich steigen würden (diese Zeitung berichtete). Er äußerte besonders die Hoffnung, eine Fusion mit dem Kreis Peine könne die Lage entspannen.

SPD und Grüne brachten zusätzlich 600 000 Euro für energetische Dachsanierungen und 400 000 Euro für den Schutz alter Sanitärbereiche in Schulturnhallen vor Legionellen. Auf Vorschlag der Unabhängigen allerdings mit Sperrvermerk – die Kreispolitik gibt das Geld nur frei, wenn jemand einen konkreten Bedarf nachweist.

Zum Thema Fusion kündigte der Erste Kreisrat Olaf Levenon an, in der nächsten Kreistags-Sitzung einen Vertragsentwurf vorzulegen. CDU-Chef Berndt spottete: „Solche Entwürfe kann man aus dem Internet herunterladen!“ Noch immer fehlten wesentliche Entscheidungsgrundlagen etwa zur Schulorganisation, zum Nahverkehr oder zu den Sparkassen. „Sachlich-fachlich haben wir nichts!“, schimpfte er. Landrat Reiner Wegner konterte: „Das ist eine Kostprobe der Sachlichkeit von Christian Berndt.“ Es gebe im März neue Daten.

## Nach Fusions-Aus: Sibbesser stocksauer

„Unsachlich, ohne Begründung, nicht das wahre Gesicht gezeigt“ / Pletz sieht Verhältnis zu SPD belastet

VON TAREK ABU AJAMIEH

**SIBBESSE/LAMSPRINGE.** Sie fühlen sich hintergangen, veräppelt, düpiert: Sibbesser Kommunalpolitiker haben gestern wütend und verärgert auf das Scheitern der Fusion mit der Samtgemeinde Lamspringe reagiert, erheben schwere Vorwürfe gegen ihre dortigen Kollegen. Die Lamspringer hätten Argumente vorgebracht, die sie vorher noch nie angeführt hätten, schimpft zum Beispiel der Sibbesser Gemeindebürgermeister Thomas Oelker.

Wie berichtet war die Fusion daran gescheitert, dass am Mittwochabend drei der fünf Räte der Samtgemeinde Lamspringe mehrheitlich gegen den Zusammenschluss gestimmt hatten. In der Samtgemeinde Sibbesse gab es hingegen ein eindeutiges Bekenntnis zur Fusion – vier der fünf Räte und das Samtgemeinde-Gremium stimmten komplett dafür, lediglich in Eberholzen gab es eine einzige Gegenstimme.

Entsprechend verschnupft reagierte zum Beispiel Oelker gestern – er könne nicht begreifen, was die Lamspringer zur Ablehnung gereizt hätte: „Eine Stunde vor Beginn der jeweiligen Sitzungen gab es in Sibbesse und Lamspringe noch einmal Gelegenheit zur Aussprache und Korrektur der abzustimmenden Papiere.“ Ein Telefonat der beiden Samtgemeindebürgermeister danach habe keinen Veränderungsbedarf mehr ergeben: „Dass dann in mindestens zwei Räten in Lamspringe eine geheime Abstimmung herhalten musste, zeigt, wie unsachlich und ohne jedwede sachliche Begründung hier vorgegangen wurde.“

**Wolfgang Pletz stimmt für die Fusion – doch zu wenige Lamspringer Ratsmitglieder folgen ihm.**

Foto: Abu Ajamieh

Auch von den Sorgen der Lamspringer wegen der befürchteten Kosten der Sibbesser „neuen Ortsmitte“ habe er „in den Wochen und Monaten zuvor nichts gehört.“ Und gerade dazu hat die Verwaltungsspitze aus Sibbesse in den Lamspringer Räten noch einmal explizit Rede und Antwort gestanden, sagt Oelker. Auch weitere Kritikpunkte aus Lamspringe hätten schon viel früher angesprochen werden können, moniert er.

Das ist zumindest ein Punkt, den die Lamspringer so nicht stehen lassen wollen.



Er kann es kaum glauben: Sibbesses Verwaltungschef Hubertus Schneider (Mitte) erfährt das Ergebnis aus Lamspringe.

Foto: Raths

„Gerade Henning Ehbrecht hat seine verschiedenen Bedenken gegen diese Fusion immer wieder in verschiedenen Gesprächsrunden vorgetragen“, sagt ein führender Vertreter der Samtgemeinde. SPD-Mann Ehbrecht hatte in Lamspringe die bei weitem längste Rede gehalten und zahlreiche Aspekte genannt, die ihn die Fusion mit Sibbesse ablehnen ließen (HAZ von gestern).

Dass Sibbesse und Lamspringe in irgendeiner Konstellation noch einmal zusammenfinden, scheint derzeit ausgeschlossen. Zu groß ist die Verbitterung in Sibbesse. „Nach den Erkenntnissen des Mittwochabends kann man zu dem Ergebnis kommen, dass eine Fusion mit vermeintlichen Partnern, die einem auf dem Weg zum Ziel nicht ihr wahres Gesicht zeigen, besser auch nicht zu Stande kommt“, sagt Oelker. Dabei habe aus seiner Sicht „Lamspringe nicht Sibbesse abgelehnt, sondern Lamspringe hat Lamspringe abgelehnt.“ Die Sibbesser Politiker seien schließlich sogar bereit

gewesen, ihren Namen aufzugeben – was ihnen bei den Bürgern viel Kritik eingetragen habe.

Lamspringes Samtgemeindebürgermeister Wolfgang Pletz zeigte gestern Verständnis für die Sibbesser Enttäuschung: „Die empfinde ich gleichermaßen.“ Er habe allerdings bis vor Beginn der ersten Sitzung gehofft, dass es für die Fusion reiche. „Ich wusste, dass manche Ratsmitglieder noch am Mittwochvormittag unentschieden waren – offenbar haben alle Zauderer am Ende mit nein gestimmt. Das hat sich wohl erst in den vergangenen Tagen gedreht.“ Pletz betont: „Hätte ich frühzeitig gewusst, dass es nicht reicht, hätte ich das gar nicht so zur Abstimmung gestellt.“

Ob er sich von seinen Parteifreunden aus dem Flecken Lamspringe „demonstriert“ fühlt, wie es die CDU am Mittwoch ausdrückte? „Das nicht, aber die Zusammenarbeit ist sicher belastet, ich werde sehen, wie ich damit umgehe.“

## SPD-Chef Salzbrunn erklärt Rücktritt

**SEHLEM/LAMSPRINGE.** Ein langjähriger führender Politiker aus der Samtgemeinde Lamspringe hat Konsequenzen aus dem Scheitern der Fusion gezogen – und daraus, dass vor allem Vertreter seiner Partei den Zusammenschluss

ablehnten: Der Sehlemer Wolfgang Salzbrunn, Vorsitzender der SPD in der Samtgemeinde und auch ihrer Fraktion im Samtgemeinderat, erklärte seinen Rücktritt. Salzbrunn hatte sich entschieden für die Fusion eingesetzt. **abu**

## Fachkräftemangel erreicht die Kirche

Protestanten werben um Nachwuchs an Pastoren, Diakonen und in Pflegejobs / Immer mehr Frauen dabei

VON TAREK ABU AJAMIEH

**KREIS HILDESHEIM.** Irgendetwas fehlt noch: Eine Gruppe Schülerinnen hat soeben die lange schwarze Amtstracht der Pastoren am Stand der evangelisch-lutherischen Landeskirche auf der ABI-Zukunft Informationsmesse im Scharnhorst-Gymnasium übergezogen. Doch es fehlt das entscheidende Detail an den Talaren: der weiße Kragen, das Befehchen. Das reicht ihnen Mathis Burfien, Pastor und Projektleiter zur Gewinnung von theologischem Nachwuchs. Für die drei Jugendlichen ist es ein Spaß: Einmal wie eine Pastorin aussehen. Doch für die evangelische Kirche ist es eine erste Angelegenheit, wie schon Burfien's Job-Bezeichnung verrät: Sie sucht Nachwuchs, spätestens 2017 gehen mehr Mitarbeiter in Rente, als neu anfangen.

Der Fachkräftemangel, der auch das katholische Pendant schon länger quält – er erreicht auch die Protestanten, obwohl sie Hürden wie das Zölibat nicht aufstellen. Deshalb versucht auch die evangelische Kirche verstärkt, um Nachwuchs zu werben, junge Menschen für ein Theologiestudium sowie die Arbeit als Pastor oder Diakon zu begeistern.

Die Kleidung könnte schon mal als Argument herhalten: „Es ist wärmer darunter, als ich dachte“, sagt eine der Zehntklässlerinnen nach dem munteren Fotoshooting. Ob die Kirche sie schon überzeugt hat, steht aber noch nicht fest – zumindest „etwas Soziales“ soll es aber durchaus sein.

Er verweist auf die demografische Entwicklung, die dafür sorgen werde, dass bald ein großer Bedarf bei Pastoren und Diakonen entsteht. Die Berufsaussichten seien somit sehr gut.

„Ab 2017 wird die Zahl derer, die in den Ruhestand gehen, die Zahl der Berufsanfänger übersteigen“, bringt Burfien das Problem auf den Punkt. Das beschränke sich nicht nur auf die klassischen Berufe in der Kirchengemeinde: Auch angehende Alten- und Heilerziehungspfleger werden dringend gesucht: „Altenpflege hat sehr zu Unrecht einen schlechten Ruf“, sagt Pastorin Anke Garhammer-Paul, theologischer Vorstand im Diakonischen Werk des Kirchenkreises Hildesheim-Sarstedt.

Kirchenkreis-Jugenddiakon Dietrich Waltemate sieht unterdessen die Kirche

immer weiblicher werden: Er schätzt, dass heutzutage mehr als zwei Drittel derer, die sich beruflich Richtung Kirche

orientieren, Frauen sind. „Das war vor einer Generation einmal anders innerhalb der Kirche“, sagt er.

### NACHGEFRAGT ...

## „Würde wieder Theologie studieren“

**HAZ: Evangelische Pastoren müssen immer größere Gemeinden betreuen – sowohl von der Fläche als auch von der Mitgliederzahl her. Viele Geistliche sehen die Grenze der Belastbarkeit erreicht, doch der Trend dürfte anhalten. Warum ist der Job trotzdem noch attraktiv?**

**Eckhard Gorka:** Der Beruf des Pastors ist im Wandel. Wir denken neu darüber nach, welche seine Aufgaben sind – und welche nicht. Aber auch in Zukunft gilt: Das Pfarramt ist ein vielseitiger, kreativer, schöner Beruf, ein herausfordernder, spannender und vor allem kommunikativer: Im Kern geht es darum, das Gespräch mit Gott und den Menschen zu suchen. Also müssen wir als Pastoren den Jugendlichen davon erzählen, was für uns die Faszination dieses Berufes ausmacht. Für mich ist es nach wie vor ein Traumberuf. Ich würde sofort wieder Theologie studieren.

**Wenn sich nicht genug neue Pastoren finden – kann die evangelische Kirche sich vorstellen, so wie die Katholiken Geistliche aus Indien, Polen oder Afrika zu verpflichten, um die Betreuung von Gemeinden zu gewährleisten?**

Zunächst müssen wir möglichst viele junge Menschen für das Theologiestudium und den Pfarrberuf gewinnen. Das gelingt am besten, wenn Jugendliche vor Ort „ihre“ Kirche als einladend ken-

nenlernen und sie dort mit ihren Themen, Fragen und ihrem Glauben vorkommen. Das gelingt schon oft, aber da ist noch mehr möglich. Ich finde es ehrlich zu sagen: Das Studium und die Ausbildung sind enorm lang und reich wird man im Beruf auch nicht. Aber statt Geld gibt es Sinn, jede Menge Sinn. Dass Pastoren aus dem Ausland verstärkt zu uns kommen, sehe ich zur Zeit und auch in Zukunft nicht.

**Oder können Pastoren im Ruhestand oder Diakone eine noch größere Rolle in der Seelsorge übernehmen?**

Wir haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht, dass Ruhestandler für einen begrenzten Zeitraum einspringen. Sie haben ganz viel Erfahrung und Freude an ihrer Arbeit. Und Diakone übernehmen ja bereits seelsorgerliche Aufgaben. Übrigens tun das auch Ehrenamtliche, etwa in der Notfallseelsorge. Bei Besuchsdiensten oder der Gestaltung kleiner Gottesdienste machen sie jetzt schon Dinge, die früher Pastoren erledigt haben. Insgesamt gibt es also nicht nur einen Weg. Vielmehr überlegen wir, wie kirchliches Leben in zehn, in 20 Jahren aussehen wird und wer dann welche Aufgabe übernehmen kann. Der Pastorenberuf bleibt dabei der Schlüsselberuf, aber er verändert sich.

Interview: Tarek Abu Ajamieh

## CDU ruft Kommunen zum Widerstand gegen Fusion auf

**KREIS HILDESHEIM.** Die CDU im Landkreis Hildesheim ruft die Städte und Gemeinden zum „Widerstand“ gegen eine Fusion der Kreise Hildesheim und Peine auf. „Es wird immer deutlicher, dass eine Fusion erhebliche Nachteile für die Kommunen bringt“, sagte der Kreisvorsitzende Christian Berndt nach einer Sitzung in Bockenem. Allein bei der Frage der Kindertagesstätten und der Finanzbeteiligung der Kreise sei „ein ungeklärter Betrag von 10 Millionen Euro offen“, beim Angleich der „viel zu hohen Kreisumlagen“ seien sogar 12 Millionen Euro zu klären. Berndt: „Dies ginge zwingend zu Lasten der Kommunen.“

Im Gegenzug seien bisher nur 3 Millionen Euro „Fusionsgewinne“ zu erwarten, weil ein Landrat wegfalle und der neue Kreistag drastisch verkleinert werde. „Eine Fusion der Landkreise Hildesheim und Peine höhlt damit die demokratisch legitimierte, politische Vertretung aus“, warnt der Sprecher des CDU-Arbeitskreises zur Fusion, Dirk Bettels.

Einem neuen gemeinsamen Kreistag könnten bis zu 76 Abgeordnete angehören. Bislang werden die Bürger beider Landkreise von 138 Parlamentariern vertreten.

Der CDU Kreisverband fordert die Hildesheimer Kommunen nun auf, durch Resolutionen in den Stadt- und Gemeinderäten Position gegen die Fusion zu beziehen, wie dies in Harsum bereits geschehen ist. **abu**

## Vollsperrung auf der Autobahn

**KREIS HILDESHEIM.** Die Arbeiten für den sechsstreifigen Ausbau der A 7 zwischen Seesen und Rhüden sind so weit abgeschlossen, dass in den kommenden Tagen der Verkehr wieder auf die Richtungsfahrbahn Kassel geleitet werden kann, meldet die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Bad Gandersheim. Dafür muss am morgigen Sonntagabend, 14. Februar, von 14 bis 20 Uhr, die Fahrtrichtung Kassel zwischen Anschlussstelle Rhüden und Anschlussstelle Echte voll gesperrt werden. Zusätzlich wird im gleichen Zeitraum die Überholspur der Richtungsfahrbahn Hannover im Bereich der Baustelle gesperrt.

Das Ausfahren von der Autobahn auf die Tank- und Rast-Anlage Harz West ist bis 9 Uhr, das Einfahren auf die Autobahn bis 13.30 Uhr möglich.

Die Umleitung erfolgt ab Anschlussstelle Rhüden (AS 66) über die Bedarfs-umleitungsstrecken U 60 und U 62 zur Anschlussstelle Echte (AS 68). Die Umleitungsstrecken sind ausgeschildert. Auf den umliegenden Straßen kann es zu Behinderungen kommen.

Nach Abschluss der Verkehrsumleitung wird die Anschlussstelle Seesen für den abfahrenden Verkehr ebenfalls wieder freigegeben. Die Auffahrt in Richtung Kassel muss aufgrund von noch ausstehenden Bauarbeiten in diesem Bereich noch bis voraussichtlich Ende März 2015 gesperrt bleiben.

## CDU fordert Geld vom Land für Kreise

**KREIS HILDESHEIM.** Die CDU in Niedersachsen und ihre Landtagsfraktion sollen sich dafür einsetzen, dass das Land die Kommunen finanziell entlastet. Das fordert der Kreisverband der Christdemokraten in einer „Hildesheimer Erklärung“.

Mittlerweile würden Ausgaben im Sozialbereich 70 bis 80 Prozent eines Landkreis-Haushaltes ausmachen, stellt die Hildesheimer CDU fest. Trotz hoher Steuereinnahmen, niedriger Zinsen und erheblichen Einsparungen beim Personal könnten die Kreise deshalb ihre Etats kaum noch ausgleichen. Über die Kreisumlage würden sie deshalb den Städten und Gemeinden immer mehr Geld abnehmen und so das Problem weiter nach unten verlagern – obwohl die Kommunen ihrerseits schon Millionen zusätzlich für die Landkreis-Aufgaben Krippe und Kindergarten ausgeben würden.

So könnten auch die Gemeinden ihre Etats kaum noch ausgleichen, auch wenn sie ihre Bürger schon mit hohen Steuersätzen belasteten, führen die hiesigen Christdemokraten weiter aus und mahnen: „Eile ist geboten!“ Die „fehlende Unterstützung durch das Land“ dürfe nicht dazu führen, dass Kommunen sich noch weiter verschulden oder ihre Bürger noch stärker zur Kasse rufen.

Die CDU ist im Landtag allerdings in der Opposition. **abu**